EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Plenarsitzungsdokument

5.12.2007 B6-0504/2007

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an eine Erklärung der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Silvana Koch-Mehrin, Diana Wallis und Graham Watson

im Namen der ALDE-Fraktion

zu dem Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission 2008

B6-0504/2007

Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission 2008

Das Europäische Parlament,

– in Kenntnis des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Kommission 2008 (KOM) (2007)640 endg.

– gestützt auf Artikel 33 und 103 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass das jährliche Legislativ- und Arbeitsprogramm ein wichtiges Werkzeug darstellt, das es der Europäischen Union ermöglicht, sich auf die Erreichung ihrer strategischen Schlüsselziele wie Förderung von Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Freiheit und ein stärkeres Europa in der Welt zu konzentrieren;

B. in der Erwägung, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, dass sich Europa 2008 weiterhin darauf konzentriert, die Globalisierung zu einer Chance für seine Bürger zu machen;

C. in der Erwägung, dass 2008 ein entscheidendes Jahr darstellen wird, in dem sich die Europäische Union die notwendigen Instrumente an die Hand geben wird, um ihre Effizienz, ihren Platz in der Welt und das Vertrauen der Bürger in der Zeit bis zu den europäischen Parlamentswahlen im Jahr 2009 zu stärken;

Allgemeine Anmerkungen

1. begrüßt den Beitrag des Europäischen Parlaments bei der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms der Kommission und die Bemühungen der Kommission, die politischen Inhalte des Jahresprogramms stets weiter zu verbessern;

2. bekräftigt die entscheidende Bedeutung, die in dem Jahresprogramm 2008 Bereichen zugesprochen wird wie Wachstum und Beschäftigung, nachhaltige Entwicklung, Klimawandel, Energie, Migration und Konzentration auf eine bessere Rechtssetzung und korrekte Umsetzung sowie Stärkung der Rolle Europas als Partner in der Welt; fordert indessen, dass die Kommission in ihren Initiativen zur Gewährleistung von Grundrechten, Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Integration noch mehr Ehrgeiz an den Tag legen sollte;

3. stellt fest, dass Präsident Barroso der Vorbereitung der Kommission auf das bevorstehende Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags – sowohl intern als auch in ihren Beziehungen zu Parlament und Rat – zentrale Bedeutung beimisst; betont insbesondere die Bedeutung der Einrichtung eines effizienten und effektiven Europäischen Auswärtigen Dienstes;

4. drängt die Kommission, die Bürger ins Zentrum des europäischen Projekts zu rücken und ihre Bemühungen um die Entwicklung einer effektiveren Kommunikationspolitik zu verstärken, um so ein besseres Verständnis der Bürger für die Tätigkeit der EU und ihren

Einsatz für die Belange der Bürger zu erreichen und um die Ratifizierung des Reformvertrags und die Europawahlen im Jahr 2009 entsprechend vorzubereiten;

Binnenmarkt und Verbraucherschutz

5. fordert die Kommission auf, im Anschluss an ihre Überprüfung des Binnenmarkts verstärkte Bemühungen zu unternehmen, um den Binnenmarkt als starken, innovativen und wettbewerbsfähigen Markt auszuweiten und zu festigen;

6. betont, wie wichtig es ist, im Sinne eines besseren Verbraucherschutzes die Marktaufsicht zu verbessern, insbesondere eine starke Glaubwürdigkeit für die CE-Kennzeichnung zu schaffen, und die Produktfälschung zu bekämpfen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, rechtliche Grauzonen in diesem Bereich, insbesondere online-Auktionen, herauszukristallisieren;

7. betont, dass die Überprüfung des Verbraucheracquis zu einem kohärenten Rechtsrahmenwerk führen muss; unterstützt einen koordinierten Ansatz seitens der Kommission bei ihrer derzeitigen Ausarbeitung eines gemeinsamen Referenzrahmens für ein kohärenteres europäisches Vertragsrecht;

8. befürwortet eine kohärente und kombinierte Evaluierung seitens der Kommission, bevor weitere Arbeiten im Bereich Sammelklagen auf EU-Ebene ins Auge gefasst werden;

9. fordert die Kommission auf, der Stärkung des transatlantischen Dialogs in Bereichen wie der Zollkontrolle verstärkte Priorität einzuräumen;

10. ermutigt die Kommission, weiterhin nach Lösungen für die Regelung von Streitigkeiten über europäische Patente in der EU zu suchen; betont in dieser Hinsicht, dass es hierbei ausschlaggebend ist, eine Lösung zu finden, die zweckdienlich ist, den Wettbewerbskriterien entspricht und für alle beteiligten Akteure akzeptabel ist;

11. befürwortet das Engagement für eine „Regelung für kleine Unternehmen in Europa“ (Small Business Act), um ein hohes Niveau an Innovation und Wettbewerb aufrechtzuerhalten;

Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

12. ist erfreut darüber, dass die Kommission die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung auf Rang 1 ihrer Prioritäten gesetzt hat; fordert die Kommission mit Nachdruck auf, die soziale Dimension der Lissabon-Strategie nicht zu opfern, indem diese als Wettbewerbsbehinderung betrachtet wird, sondern fordert die Kommission vielmehr auf, eine Balance zwischen den verschiedenen Pfeilern der Lissabon-Strategie aufrechtzuerhalten;

13. glaubt, dass der Vorschlag der Kommission betreffend eine Europäische Partnerschaft für die Anpassung an den Wandel zweckmäßig ist und im Einklang steht mit den bereits im Jahr 2005 begonnenen Bemühungen betreffend Umstrukturierung und Beschäftigung;

14. unterstützt die Kommission in ihrem Willen, eine breit angelegte Reflexion zum Thema

Flexicurity voranzutreiben; ist überzeugt, dass Flexicurity – durch den Schutz von beruflichen Laufbahnen und die Ermutigung der Arbeitnehmer zur Anpassung – durchaus ein privilegiertes Mittel zur Modernisierung unseres Sozialmodells darstellen kann;

15. wiederholt seine Forderung an die Kommission, legislative und politische Initiativen zu den Themen Behinderung, Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit bei der Berufsausbildung und am Arbeitsplatz zu unterstützen und voranzutreiben;

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

16. ist der Auffassung, dass der neue Vertrag ab 1. Januar 2009 für Maßnahmen im Bereich des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts insofern eine völlig neue Situation schaffen wird, als das Recht der Bürger, die Vorrechte des Europäischen Parlaments und die richterliche Verantwortung betroffen sind;

17. drängt die Kommission darauf, im Verlauf des Jahres 2008 für den Übergang ein provisorisches Legislativprogramm für Maßnahmen vorzubereiten, das vom Europäischen Parlament in Übereinstimmung mit den Ratspräsidentschaften und unter Beteiligung der nationalen Parlamente in erster Lesung bereits zwischen dem 1. Januar 2009 und Ende Mai 2009 verabschiedet werden könnte, und zwar betreffend folgende Bereiche:

    - für den ersten Pfeiler sollte der Revision der Regelung für die Agentur für Grundrechte und dem konsularischen und diplomatischen Schutz Vorrang eingeräumt werden;

    - betreffend die derzeit unter den dritten Pfeiler fallenden Vorschläge muss vermieden werden, dass Rechtsakte vorgeschlagen und verabschiedet werden, die Auswirkungen auf die Grundrechte haben, ohne dass eine gerichtliche Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof bis 2014 möglich ist;

18. befürwortet die Lissabon-Bestimmungen betreffend die Stärkung von Eurojust und der Neustrukturierung seiner Beziehungen zum Europäischen Justiziellen Netz; hebt indessen hervor, dass diese Maßnahmen Hand in Hand gehen sollten mit voller justizieller und demokratischer Kontrolle über sämtliche Entscheidungen und Tätigkeiten von Eurojust;

19. stellt fest, dass das Arbeitsprogramm der Kommission das künftige PNR-System der EU nicht erwähnt, das strittig ist und Passagierprofile und Risikoevaluierungen von Passagieren vorsieht, und dass auch nicht die Rede ist von der erneuten Konsultierung des Europäischen Parlaments zu dem geänderten Rahmenbeschluss über Datenschutz unter dem dritten Pfeiler; betont, dass effektive und durchsetzbare Datenschutzinstrumente nicht als Hindernis im Kampf gegen den Terrorismus sondern als unerlässliche vertrauensbildende Maßnahmen beim Austausch von Informationen zwischen Strafverfolgungsbehörden angesehen werden müssen;

20. befürwortet die Entscheidung der Kommission, schlussendlich einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Umsetzung des Grundsatzes der Gleichbehandlung außerhalb des Beschäftigungsbereichs vorzulegen, so dass alle Gründe der Diskriminierung abgedeckt und in allen Bereichen bekämpft werden, einschließlich Zuwanderung und Asylpolitik, sowie Diskriminierungen infolge mangelnder gegenseitiger Anerkennung von

Eheschließungen oder registrierten gleichgeschlechtlichen Partnerschaften;

21. unterstützt die Kommission in ihrem Wunsch, die Fortbildung für Vertreter aus Justizberufen in der Europäischen Union auszubauen; ist der Auffassung, dass dies zu einer effizienteren Anwendung des EU-Rechts beitragen wird;

22. unterstützt die jüngsten Initiativen im Bereich des Zivilrechts, die sich direkt auf das tägliche Leben der Bürger auswirken – einschließlich der Vorschläge über die Unterhaltspflicht – sowie auf die Rechtsprechung und das anwendbare Recht in Ehesachen (Rom III); befürwortet den bevorstehenden Vorschlag im Bereich Erb- und Testamentssachen;

Asyl, Zuwanderung und Visapolitik

23. befürwortet den Vorschlag für ein europäisches Blue-Card-System und ermutigt die Kommission gleichzeitig, einen ehrgeizigen Vorschlag für Saisonarbeitnehmer vorzulegen, um ein kohärentes und vorausschauendes System der legalen Migration zu gewährleisten; erwartet die für 2008 fällige Evaluierung der Umsetzung der Freizügigkeitsrichtlinie durch die Kommission und fordert weitere Maßnahmen, um eine volle Anwendung dieses Rechts in der EU zu gewährleisten;

24. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, einen Vorschlag über ein Europäisches Grenzüberwachungssystem vorzulegen, behält sich aber seine Stellungnahme hierzu vor, bis Details und Angaben über dessen Übereinstimmungen mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vorliegen und bis eine umfassende Folgenbewertung erfolgt ist;

25. begrüßt die Absicht der Kommission, die Dublin II Verordnung zu revidieren und ermutigt die Kommission, im Rahmen dieser Revision ein rechtlich bindendes Instrument der Lastenverteilung zu vereinbaren, um sicherzustellen, dass jeder Mitgliedsstaat einen gerechten Teil der Verantwortung übernimmt;

Gesundheit und Umweltschutz

26. begrüßt die Verpflichtung der Kommission, ein „Maßnahmenpaket Gesundheit“ vorzulegen und besteht darauf, dass damit Patientensicherheit, Patienteninformation, Patientenrechte und Patientenschutz gestärkt werden sowie Information und Unterstützung in Fällen von ärztlicher Nachlässigkeit oder Fehlbehandlung;

27. befürwortet die vorgeschlagene Richtlinie über Qualität und Sicherheit von Organspenden und Transplantationen sowie den Aktionsplan über engere Zusammenarbeit und betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer gemeinsamen EU-Strategie über Organspenden; aufgrund des Organmangels müssen Tausende von Europäern jährlich sterben; fordert ferner eine bessere Berücksichtigung des Aspekts des „mutmaßlichen Einverständnisses“ bei Organspenden oder Organentnahme bei Toten;

28. fordert die Kommission auf, insbesondere der Frage der Pandemie-Vorsorge besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne dabei Panikreaktionen in der Öffentlichkeit

hervorzurufen;

29. fordert die Kommission auf, sich hoch ambitioniert zu zeigen, wenn es um Vorbereitungen für die Revision des Emissionshandelssystems geht;

30. fordert eine zeitige Annahme der Revision des Emissionshandelssystems; stellt fest, dass eine Revision des Emissionshandelssystems Auktionen als Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels beinhalten sollte;

Wirtschafts- und Finanzfragen

31. befürwortet die Absicht der Kommission, die Energiesteuerrichtlinie im Hinblick auf einen energieeffizienteren und umweltfreundlicheren Energieverbrauch zu revidieren und ist der Auffassung, dass die Kommission sich ebenfalls auf andere Finanzierungsinstrumente wie beispielsweise so genannte „Green Bonds“ konzentrieren sollte, um dadurch größere Einkünfte zu schaffen;

32. wiederholt, wie wichtig insbesondere im Lichte der derzeitigen Finanzkrise eine Verbesserung der aufsichtlichen Konvergrenz ist; wünscht, dass in der Richtlinie über Eigenkapitalregelungen eine Politik der Kommunikation und Berichterstattung zwischen den Aufsichtsbehörden festgeschrieben wird, um das Vertrauen zwischen den Marktteilnehmern zu erhalten;

33. beglückwünscht die Kommission zu der geplanten endgültigen Annahme der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung als einen wichtigen Schritt zur Vereinfachung und Modernisierung von Subventionsregelungen; dies wird zu einem einzigen Set an Bestimmungen und Definitionen führen und schließlich den bürokratischen Aufwand verringern und die Rechtssicherheit für die Vergabestellen und die Subventionsempfänger erhöhen;

Telekommunikation

34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Liberalisierung des elektronischen Kommunikationssektors rasch zu vollenden und ein effizientes Spektrum an politischen Maßnahmen zu entwickeln, das auf Technologie- und Serviceneutralität beruht;

Energiepolitik

35. ist fest davon überzeugt, dass ein wesentlicher Teil der Berücksichtigung der Energieversorgungssicherheit in allen Politikbereichen in einer raschen Umsetzung der derzeitigen EU-Vorschriften seitens aller Mitgliedsstaaten besteht, um auf diesem Wege einen voll funktionsfähigen Binnenmarkt für Elektrizität und Gas zu schaffen und um Wettbewerbsfähigkeit, Transparenz und Energieeffizienz zu fördern; befürwortet in dieser Hinsicht die Vorschläge für das dritte „Maßnahmenpaket Energie“ der Kommission;

36. fordert ein umfassendes und vollständiges Rechtsrahmenwerk zur Förderung und

Nutzung erneuerbarer Energie in der Europäischen Union, einschließlich der Festlegung verpflichtender Ziele, die der Businessgemeinschaft die langfristige Stabilität ermöglicht, die diese benötigt, um rationale Investitionsentscheidungen im Bereich des Sektors der erneuerbaren Energien treffen zu können, weil so die Europäische Union auf den richtigen Weg gebracht wird für eine saubere, sicherere und wettbewerbsfähigere Energie-Zukunft;

Forschung und Entwicklung

37. ist überzeugt davon, dass Forschung und Entwicklung einen höheren Stellenwert auf den politischen Tagesordnungen erhalten müssen und dass im Bereich der Innovation ein viel besser integrierter Ansatz notwendig ist, so dass das immense Potenzial des Binnenmarktes effizienter genutzt wird, um neue innovative Produkte im großen Stil auf den Markt zu bringen; ist der Auffassung, dass die Kommission und die Mitgliedsstaaten weitere Schritte unternehmen müssten, um eine engere Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstituten, Universitäten und der Industrie auf den Weg zu bringen und um Wissenschaft und Technologie im täglichen Leben der Bürger ebenfalls zu fördern;

Bildung und Kultur

38. bedauert den niedrigen Stellenwert, den die Kommission kulturellen und bildungspolitischen Fragen in ihrem Legislativ- und Arbeitsprogramm für 2008 einräumt; wiederholt, dass die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und die Erzielung höherer Beschäftigungszahlen entschiedene Aktionen erfordern, um die in der jüngsten Pisa-Studie 2006 aufgezeigten Mängel in den Bildungssystemen der EU zu beheben, um Spitzenleistungen an europäischen Universitäten und Hochschuleinrichtungen zu fördern und um die allgemeinen Sprachkenntnisse zu verbessern;

39. betont die Notwendigkeit, dass das Europäische Parlament kontinuierlich am Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008 und an den Vorbereitungen für das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation 2009 beteiligt bleibt; glaubt, dass das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs entscheidend dazu beitragen wird, sicherzustellen, dass die wachsende Vielfalt Europas eine Quelle der Dynamik für Europa darstellt und dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit insbesondere dadurch vermieden werden, dass vor allem junge Menschen stärker für die gemeinsamen Europäischen Werte und den Respekt ihrer kulturellen Vielfalt sensibilisiert werden;

Verkehrspolitik

40. befürwortet voll und ganz die Absicht der Kommission, ein Maßnahmenpaket „umweltfreundlicher Verkehr“ als strategische Initiative für 2008 vorzulegen; wiederholt in dieser Hinsicht, dass die Studie der Kommission über die Internalisierung externer Verkehrskosten, die seit einigen Jahren erwartet wird, möglichst detailliert und ehrgeizig sein muss, um eindeutige Anhaltspunkte für die Kalkulation der externen Kosten zu bieten; betont, dass diese Studie sobald wie möglich von einem Legislativvorschlag gefolgt werden muss, in dem dessen Anwendung auf alle Verkehrsarten ermöglicht wird, um schließlich einen fairen und transparenten Wettbewerb zwischen den verschiedenen

Verkehrszweigen zu ermöglichen, was ohnedies eine unabdingbare Voraussetzung für einen effizienten internen Verkehrsmarkt darstellt;

41. befürwortet die beiden prioritären Initiativen zum See- und Luftverkehr; erinnert daran, dass eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für den Seeschiffsverkehr eine notwendige Voraussetzung für eine echte Entwicklung dieses Transportsektors ist, der ein wichtiges Glied in der Schaffung eines integrierten kohärenten und nachhaltigen Netzwerksystems darstellt; ist erfreut über die verschiedenen Vorschläge, die auf eine Verbesserung der Effizienz des Luftverkehrsmanagements durch eine beträchtliche Reduzierung von Kosten, Verspätungen und Treibhausgasemissionen abzielen;

42. bedauert, dass die Kommission nicht die Absicht hat, die Logistik als solche in ihre Erwägungen über die urbane Mobilität (Grünbuch vom 25.9.2007) einzubeziehen, obwohl dieser Tätigkeitsbereich für das Verständnis und die Bewältigung der Herausforderungen, denen sich der städtische Verkehr stellen muss, von zentraler Bedeutung ist;

43. erinnert die Kommission mit Nachdruck daran, dass im Rahmen der erneuten Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2008-2009 alle Schritte, ob politisch, wirtschaftlich oder finanztechnisch, ergriffen werden müssen, die es schließlich ermöglichen, das transeuropäische Netzwerk für den Verkehr fertig zu stellen, das seit langem ein Ziel der Europäischen Union darstellt;

Landwirtschaft und Fischerei

44. betont die Bedeutung einer kontinuierlichen Reform der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik, einer vollständigen Umsetzung der bereits verabschiedeten Reformen sowie verstärkter Investitionen in Forschung und Technologie in diesen Sektoren;

45. fordert die Kommission mit Nachdruck auf, die wachsenden Möglichkeiten und Chancen angemessen zu berücksichtigen, die sich durch den stetigen Anstieg der Nachfrage in Milch und Molkereiprodukte auf dem Weltmarkt bieten, und fordert die Kommission daher ferner auf, den Dialog mit den Milcherzeugern fortzusetzen und diese darauf zu drängen, strukturelle Veränderungen vorzunehmen, die nötig sind, um sich „fit für den globalisierten Markt“ zu machen;

46. begrüßt den jüngsten Vorschlag der Kommission, die gemeinsame Agrarpolitik einer *“Generalüberprüfung“* zu unterziehen, mit dem Ziel einer weiteren Liberalisierung des Sektors;

47. fordert die Kommission auf, so schnell wie möglich ihre Aktionspläne für Haie und Seevögel vorzulegen;

48. fordert die Kommission auf, die Ergebnisse der Konsultation zu den "Auf Nutzungsrechten Basierenden Bewirtschaftungsinstrumenten in der Fischerei" ebenso zu berücksichtigen wie die Ansichten des Europäischen Parlaments, wenn sie sich an die Neufassung und Festigung des Kontrollrahmens der Gemeinsamen Fischereipolitik begibt;

Regionalpolitik

49. in Anbetracht der Bedeutung des territorialen Zusammenhalts als einer der Prioritäten der regionalen Entwicklung wird die Kommission aufgefordert, in ihrem geplanten Grünbuch über den europäischen territorialen Zusammenhalt Regionalpolitiken, die die nachstehenden Ziele verfolgen, einen höheren Stellenwert einzuräumen: a) Förderung neuer Unternehmensformen, in Regionen, in denen die traditionellen Industriezweige sich im Niedergang befinden, b) Förderung der Beseitigung von Disparitäten zwischen Regionen, c) Förderung eines demografischen Gleichgewichts innerhalb der Regionen;

50. fordert die Kommission in Anbetracht der Tatsache, dass die Regionen und Städte einen wichtigen Beitrag zur Lissabon-Agenda und zur Stärkung des Wachstums- und Beschäftigungspotenzials leisten, auf, die Umsetzung der Strukturfonds in den Mitgliedstaaten in den Jahren 2007-2013 zu erleichtern und zu beschleunigen; begrüßt in diesem Zusammenhang die für Beginn 2008 geplante Mitteilung betreffend neue Programme 2007-2013, die die urbane Dimension der operationellen Programme, die von der Kommission angenommen sind, analysieren werden;

51. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit den Regionen und Städten Informationskampagnen durchzuführen, damit alle Beteiligten, wie beispielsweise Bürger, NRO und zuständige politische und wirtschaftliche Gremien, besser informiert sind über konkrete Errungenschaften und Ergebnisse von Strukturfondprogrammen in ihren Regionen und Städten;

Handelspolitik und WTO-Verhandlungen

52. bedauert auf multilateraler Ebene zutiefst das schleppende Tempo der Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation über die Doha-Entwicklungsagenda;

53. befürwortet auf bilateraler und regionaler Ebene den Start von drei Freihandelsabkommen mit Südkorea, Asien und Indien, sofern diese mit der WHO in Einklang stehen und nicht mit den ehrgeizigen Zielen der Doha-Entwicklungsagenda in Kollision geraten;

54. äußert seine tiefste Besorgnis über das schleppende Tempo der Verhandlungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, was wahrscheinlich dazu führt, dass mit keiner der Ländergruppen in Afrika, im Pazifik und in der Karibik bis zum 31. Dezember 2007 ein vollständiges Abkommen geschlossen werden kann;

55. befürwortet die Ankündigung der Kommission, dass sie die europäischen Mitgliedstaaten um ein Mandat ersuchen will, um ein neues Handelsabkommen zur Bekämpfung von Produktfälschungen mit den Haupthandelspartnern einschließlich USA, Korea, Mexiko und Neuseeland aushandeln zu können.

Außenbeziehungen, Erweiterung, Nachbarschaftspolitik, Sicherheit und Verteidigung

Menschenrechte

56. fordert die Kommission und den Rat auf, in jedes Landesstrategiepapier und andere Strategiedokumente eine spezifische Strategie betreffend Menschenrechte und die Demokratiesituation zu integrieren und diese als Rahmen für den politischen Dialog zu nutzen;

57. fordert die Kommission und den Rat auf, den Menschenrechtsdialog und die Konsultationsergebnisse in alle Projekte und Programme miteinzugliedern, insbesondere in Bezug auf Entwicklungshilfe und die technische, handelspolitische und finanzielle Kooperation;

58. befürwortet die Absicht der Kommission, ein ehrgeiziges Maßnahmenpaket zur Entwicklungshilfefinanzierung und Hilfeeffizienz vorzulegen und fordert eine rasche Umsetzung der in der Erklärung „für einen europäischen Konsens zur humanitären Hilfe“ enthaltenen Verpflichtungen, wie sie in der Entschließung des EP vom 14. November 2007 festgeschrieben sind; erinnert an die Verpflichtungen der EU, eine Kohärenz zwischen humanitärer Hilfe, Rehabilitation und Entwicklungsunterstützung zu gewährleisten;

59. fordert die Kommission auf, die volle Umsetzung des Übereinkommens zum Verbot von Antipersonenminen sowie alle Initiativen zu unterstützen, die die Annahme des Internationalen Vertrags über das Verbot von Streumunition zum Ziel haben;

Die Nordische Dimension

60. unterstreicht die Notwendigkeit einer EU-Strategie für die Ostsee und fordert die Kommission auf, während des Jahres 2008 eine umfassende EU-Strategie für die Ostseeregion vorzulegen;

Erweiterung und Nachbarschaftspolitik

61. begrüßt, dass das Arbeitsprogramm der Kommission die Notwendigkeit betont, den Erweiterungsprozess auszudehnen und dem Kosovo dabei besondere Aufmerksamkeit zu schenken; erwartet, dass die Kommission im Verlaufe der weiteren Entwicklungen neue Bewertungen und Vorschläge betreffend die EU-Hilfe für den Kosovo vorlegt;

62. bedauert, dass keine neue Initiative für die Nachbarschaftspolitik vorgesehen ist, insbesondere im Hinblick auf die Expansion des Freihandels, Visa-Erleichterungen oder andere Maßnahmen, die die Nachbarschaftspolitik mit Inhalt versehen und ihre allgemeine Legitimität in den betreffenden Ländern erhöhen könnte;

Sicherheit und Verteidigung

63. betont die Notwendigkeit, die Mechanismen der parlamentarischen Kontrolle der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) im Allgemeinen und von ESVP-Aufträgen im Besonderen weiter zu stärken und betont ferner die Notwendigkeit, umfassende und rechtzeitige Informationen über gemeinsame Maßnahmen im ESVP-Bereich zur Verfügung zu stellen;

64. ermutigt die Europäische Kommission, die Initiative zur Vorlage eines Weißbuchs über

die Europäische Verteidigung zu ergreifen, um Prioritäten festzulegen und mögliche Gemeinschaftsaktionen in diesem Bereich zu definieren;

Zuverlässigkeit der Haushaltsführung

65. betont, dass die Kommission die Mitgliedstaaten nachdrücklich auffordern sollte, diesbezügliche nationale Erklärungen abzugeben, wie in den Entlastungsentschließungen des Parlaments aus den Jahren 2003, 2004 und 2005 vorgeschlagen und auch in der Interinstitutionellen Vereinbarung 2007-2013 verankert wurde; befürwortet in diesem Zusammenhang die von den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Dänemark und Schweden ergriffenen Initiativen; fordert die Kommission auf, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass die nächste – slowenische –Präsidentschaft diese Frage als Top-Priorität im Rahmen ihrer Amtszeit aufgreift;

66. bedauert zutiefst, dass die Kommission generell sowie auch einzelne Kommissionsmitglieder die Initiative des Parlaments strickt ablehnen, der zufolge die Kommissare die jeweiligen jährlichen Tätigkeitsberichte ihrer Generaldirektionen mit unterzeichnen sollten; stellt fest, dass ein solches Verfahren dazu beitragen würde, die Kette der Verantwortlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Tätigkeit einer Institution, die europäische Steuergelder ausgibt, zu verbessern und zu ergänzen;

Senkung der Verwaltungskosten

67. begrüßt die jüngsten Initiativen der Kommission in Bezug auf eine mögliche Senkung der Verwaltungskosten für private und öffentliche Akteure; fordert die Kommission nachdrücklich auf, einen detaillierten Maßnahmenanzeiger für die Umsetzung ihres Aktionsplans vorzulegen, in dem klare und deutliche Informationen enthalten sind über bereits erreichte Ziele, entwickelte Indikatoren und Ergebnisse von Basisberechnungen und in denen auch konkrete Vorschläge für Bereiche enthalten sind, die sich künftig am besten für weitere rasche, nachhaltige und spürbare Senkungen der Verwaltungskosten eignen würden;

68. hebt in diesem Licht die Initiative der Kommission hervor, die, auf einen Vorschlag des Parlaments hin, eine hochrangige Gruppe unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten eingesetzt hat; ist der Auffassung, dass diese Gruppen, zwecks Wahrung ihrer unabhängigen Position generell eng in die Förderung von Initiativen zur Verringerung der Verwaltungskosten eingebunden sein sollte und sich nicht lediglich auf Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsprogramms zur Verringerung von Verwaltungslasten beschränken sollte;

Transparenz, bessere Rechtsetzung und Umsetzung

69. fordert die Kommission auf, schlussendlich ihren für 2007 geplanten und ständig verzögerten Vorschlag für eine Änderung der Verordnung 1049/2001 betreffend den Zugang zu Dokumenten zu veröffentlichen, der unbedingt notwendig ist, um die Transparenz in der EU und in den Mitgliedstaaten zu steigern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, vor Ende des Jahres 2008, wie in Artikel 232 des EG-Vertrags vorgesehen, tätig zu werden, indem sie Verordnung 1049 vollständig und korrekt umsetzt, insbesondere in Bezug auf ihre Register;

70. beglückwünscht die Kommission zu ihren Vorschlägen über Kodifizierung und Vereinfachung der Rechtsetzung und zu ihren anhaltenden Bemühungen um Verbesserung der Qualität des EU-Regelwerks;

71. unterstreicht die Notwendigkeit, die Vereinfachung und Konsolidierung des EU-Rechts zu beschleunigen und sich noch mehr um eine bessere Rechtsetzung, promptere Umsetzung und korrektere Anwendung des EU-Rechts zu bemühen; fordert erneut einen strengeren Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismus für die Umsetzung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten;

72. fordert die Kommission auf, den gesamten Umsetzungs- und Anwendungsprozess transparenter zu gestalten und die Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, dass sie sogenannte „Konkordanztabellen" ausarbeiten müssen, aus denen genau hervorgeht, welcher Teil ihrer Rechtsetzung auf die Europäische Union zurückgeht und welcher Teil von ihnen hinzugefügt wurde; fordert alle Institutionen nachhaltig auf, solche Klauseln im Rahmen von Mitentscheidungsverfahren zu integrieren und auf diesen zu bestehen;

73. befürwortet, dass sich die Kommission verpflichtet hat, der Qualität ihrer Begründungen von Vorschlägen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und ihren Legislativvorschlägen für den Bürger verständliche Zusammenfassungen beizufügen;

74. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.